

**Offizieller Arbeitsbesuch von Staatssekretär Klaus Jacobi
in Den Haag beim niederländischen Generalsekretär
für politische Angelegenheiten im Aussenministerium,
Arnold van Walsum, 10. Juni 1991**

Im ersten Arbeitstreffen zwischen den holländischen und schweizerischen Staatssekretären resp. Politischen Direktoren seit 1983, das im Rahmen der Besuche des EG-Präsidiallandes stattfand, wurden die europäische Integration, speziell deren politische Aspekte, Elemente der europäischen Architektur, insbesondere die KSZE, sowie die Entwicklung im Nahen Osten und in Südafrika besprochen.

Im **Integrationsbereich** resümierte JAC kurz die schweizerische Haltung beim EWR und gab auf Nachfragen von van Walsum (W) nach dem Stand des Alpentransitdossiers vertraulich die wichtigsten Elemente des neusten schweizerischen Angebots bekannt, das die holländische Seite mit Befriedigung zur Kenntnis nahm. Mehr Raum nahm der Gedankenaustausch über die Politische Union ein. JAC betonte den schweizerischen Willen zu einer politischen Zusammenarbeit, während W die Sonderstellung Irlands beleuchtete, das die EG dazu bringe, die Neutralität bei ihren Konzepten mitzuberücksichtigen. Was den mit Oesterreich und Schweden bereits praktizierten politischen Dialog betreffe, so werde bis zum Zeitpunkt, in dem die Umrisse der Politischen Union bekannt seien, keine neue Formel eingeführt. W verteidigt das Konzept der "unicité", wonach die Politische Union auf der Basis der Römer Verträge in den Einheitskorb der EG eingebunden werde. Die WEU sei kein Organ der Politischen Union und bilde zwischen der EG und der NATO eine Brücke. Angesichts der weiterhin existierenden nuklearen Bedrohung durch die UdSSR müsse die NATO mit den USA stark erhalten bleiben, was Frankreich mit dem Vorschlag einer europäischen Verteidigungsunion hintertreiben wolle. Die Niederlande seien gewillt, die Regierungskonferenz zur Politischen Union in Maastricht im Dezember abzuschliessen. Dieses wichtige Dossier könne nicht den unerfahrenen Portugiesen überlassen werden.

- 2 -

Bei der **europäischen Architektur** steht die KSZE im Mittelpunkt. Beide Seiten möchten die **Zypernfrage** ausserhalb dieses Rahmens und in den Händen der UNO lassen, wobei W betont, solange diese Frage nicht gelöst sei, käme eine EG-Mitgliedschaft Zyperns nicht in Frage. Heute sei es klar geworden, dass man zusammen mit Griechenland auch die Türkei in die EG hätte aufnehmen sollen. Die Niederlande hoffen, dass Präsident Bush bei seinem Besuch in Athen und Ankara am 17./19. Juli eine Entkrampfung herbeiführe. Im Gegensatz zur Jugoslawien-Krise, die die USA der EG zur "Lösung" überlassen, würde Washington sich bei Zypern einschalten, da die EG wegen Griechenland dort handlungsunfähig sei. Beide Seiten befürworten für die ehemaligen Satellitenstaaten im Osten ein befriedigendes **Sicherheitsnetz**, wobei die Niederlande neuerdings auch die Prager-Thesen Genschers unterstützen, mit Ausnahme der Idee des Konfliktverhütungszentrums als Sicherheitsforum in Konkurrenz zum UNO-Sicherheitsrat. In bezug auf **Jugoslawien** befürwortet W die Anwendung der KSZE-Prinzipien auch innerhalb der Länder, es gebe im übrigen in Jugoslawien keine bessere Grenzziehung als die heutige. Das Dilemma bestehe aber darin, dass man mit der Unterstützung des status quo eigentlich das undemokratische Serbien stütze. Was **Albanien** angeht, so sind sich beide Seiten darin einig, dass dieses Land noch nicht reif sei, der KSZE oder dem Europarat beizutreten. Mit westlicher Hilfe werde es aber sehr rasch Fortschritte machen. Bei der Diskussion der **Unterstützung der UdSSR** plädiert W für eine massive Hilfe durch die G-7, wobei die UdSSR ein klares Wirtschaftsprogramm vorlegen müsse. Die Niederlande glauben, dass die Hilfe an die UdSSR bei der G-7 als weit wichtiger eingestuft werde als Hilfe an Polen, Ungarn und die CSFR. Auch die EG dürfte sich dieser Einschätzung anschliessen. Die von den Geldgebern gestellten wirtschaftlichen Bedingungen würden von der UdSSR offiziell nicht akzeptiert; Moskau werde aber wohl alles tun, um sie in der Praxis zu erfüllen zu versuchen.

Zum Thema **Naher Osten** fasst W die fünf Punkte zusammen, die die NATO-Aussenminister in Kopenhagen verabschiedet haben. Israel weigere sich weiter, eine UNO-Rolle bei der Friedenskonferenz anzuerkennen und habe auf Bakers Kompromissvorschläge (UNO =

Beobachter; UNO-Generalsekretär = Depositär des Konferenzabkommens) noch nicht geantwortet. W ist im Gegensatz zu JAC nicht überzeugt, dass mit einem Sturz der Likud-Regierung viel gewonnen sei. Die Likud-Partei vertrete nur eine von mehreren extremen Richtungen. Man könne sogar sagen, zwischen Likud und Labour-Partei gebe es keine zu grossen Unterschiede. In der Labour-Führung sei man überzeugt, dass die arabische Front gegen Israel in jedem Falle mit der Zeit zusammenbreche; ein zweiter Sadat werde auftauchen, vielleicht sogar in der Person von Assad, der nach dem Verlust der UdSSR als Sponsor und als Modell aus der Isolation ausbrechen wolle.

W stellt in Abrede, dass die Niederlande so "neurotisch proisraelisch" seien, wie ihnen immer vorgeworfen werde. Sie seien sogar die Hauptspender für die Palästinenser im Gazastreifen. Allerdings würde man in Den Haag die Sicherheitsbedürfnisse Israels voll anerkennen.

Zum Schluss der Diskussion über den Nahen Osten wird noch kurz über die Waffenausfuhr in die Türkei gesprochen. W beschreibt die niederländische Politik, wonach in Spannungsgebiete keine Waffen geliefert werden. Wegen des Kurdenproblems habe dies für die Türkei vor dem Golfkrieg gegolten und gelte auch heute wieder. Aber gerade während des Krieges wurde dieses Argument hinfällig, da die Türkei Mitglied der Koalition war, so dass Kriegsmaterial geliefert werden konnte.

Die Gespräche enden mit einem Blick nach **Südafrika**. W schildert die niederländische prosüdafrikanische Haltung der Fünfzigerjahre, die darauffolgende strenge Verurteilung ab ca. 1963 und die heutige Rückkehr zu einer Unterstützung der dortigen Regierungspolitik. Die Niederlande seien ohnehin durch die Sprache Afrikaans mit Südafrika verbunden. Den Haag setze sich in der EG für umfangreiche Hilfe an die Regierung de Klerk ein, stosse aber besonders auf dänischen Widerstand. Für die Niederlande sei der in Südafrika eingeleitete Prozess unwiderruflich. Es werde rasch gehen, bis das Land Mitglied der Organisation für Afrikanische Einheit sei.